Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 78. Abendblatt. Sonnabend, den 15. Februar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 14. Februar. Es ist wiederholt darauf hinzuweisen, daß die wunderlichen Vermuthungen, welche über den Urlaub des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck verbreitet werden, endlich aufzugeben sind. Die Gründe für den Urlaub liegen auf der Hand und sind in dem angegriffenen leidenden Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten zu suchen. Der Ministerpräsident befindet sich seit dem Dezember 1865 in einem leidenden Zustande und hat seitdem niemals Zeit gehabt, seine volle Genesung abzuwarten. Wenn er Ruhe suchte, wurde dieselbe immer wieder durch dringende Arbeiten unterbrochen. Es erklärt sich daher, daß der Ministerpräsident gerade jetzt wieder das Bedürfniß nach Ruhe und Erholung fühlt, da die nahe bevorstehenden Verhandlungen des Zollparlaments und des Reichstages seine Kräfte in erhöhtem Maßstabe in Anspruch nehmen werden. Es lag dem Ministerpräsidenten anfangs allerdings fern, sich diese Erholung hier in Berlin zu verschaffen, allein die augenblickliche Erschöpfung desselben hat die Wahl eines andern Aufenthalts bis jetzt unthunlich gemacht. Nebenbei sind bis jetzt auch noch Geschäfte abzuwickeln gewesen, die, wenn auch nicht seine persönliche Betheiligung nothwendig, doch seine Anwesenheit hierselbst rathsam gemacht haben. — Die „Oesterreichische Korrespondenz" behauptet, daß sich Preußen den gemeinsamen Schritten Frankreichs, Englands oder Oesterreichs in Belgrad angeschlossen habe. Diese Nachricht ist darin zu präzisiren, daß sich Preußen nicht den gemeinsamen Schritten der genannten Mächte angeschlossen, sondern für sich Vorstellungen bei der serbischen Regierung gemacht hat, die, wie wir seiner Zeit gemeldet haben, derselben anrathe, Alles zu vermeiden, was zu einem Bruch zwischen Serbien und der Pforte führen könnte. — Nachdem die bekannte hiesige Korrespondenten-Clique Fiasco mit ihren Fabeln über eine Ministerkrise gemacht hat und jetzt selbst eingesteht, daß die sogenannte „Ministerkrisis" vorüber ist, giebt sie noch allerhand Nachträge zum Besten, die sich an ihre früheren Nachrichten würdig anschließen. Nach der „Rhein. Ztg." soll nämlich „der seiner Zeit glücklich beseitigte" Staatsminister v. Manteuffel aus der Umgebung einer hohen Dame, die ihren Sitz meistens in Charlottenburg hat, den Wink erhalten haben, daß das Vaterland bald wieder seiner Dienste bedürfen werde". Das ist eine Erfindung der plumpsten Art. Dieser hohen Dame in Charlottenburg wird in allen Kreisen des Hofes die ungetheilteste Verehrung zu Theil, und zwar gerade aus dem Grunde mit, weil sie sich seit Jahren von allen politischen Bestrebungen fern gehalten hat. An die Berufung Manteuffels ist in maßgebenden Kreisen gar nicht gedacht worden, weder bei Hofe noch in bei Hofe einflußreichen Kreisen, im Gegentheil hegt man auch da die Ueberzeugung von der Unentbehrlichkeit des Grafen Bismarck gerade unter den jetzigen Verhältnissen im vollsten Maße. Ebenso unglücklich ist unter diesen Verhältnissen eine andere Kombination dieser Korrespondenten-Clique, daß neulich Graf Bismarck seine Urlaubsreise deshalb noch nicht angetreten habe, weil er sich seinen Einfluß bei Hofe sichern wolle. Wie schon gesagt, wird bei Hofe die hohe Stellung Bismarcks besser geschätzt, als von diesen Korrespondenten mit solchen Bemerkungen geschieht. — Die Nachricht einiger Blätter, daß die Landtagssession noch eine Dauer von 4 Wochen in Anspruch nehmen werde, ist nicht begründet. Es hat zwischen dem Minister des Innern und dem Präsidenten v. Forckenbeck eine Besprechung stattgefunden, wonach es in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen für wahrscheinlich gehalten wird, daß die Arbeiten in nächster Woche oder spätestens die Woche darauf zu Ende geführt werden. Eine Vorlage wird dem Landtage noch zur schleunigsten Berathung zugehen. Es bestätigt sich nämlich, daß der Geh. Reg.-Rath Wohlers, der die Verhandlungen mit den Spielpächtern geführt hat, aus Homburg unverrichteter Sache hierher zurückgekehrt ist. Die Verhandlungen sind dort an dem Widerstreben des Herrn Blanck gescheitert. Die Regierung hat nun beschlossen, dem Landtage eine Vorlage vorzulegen, wodurch sie ermächtigt wird, die Bank in Homburg sofort zu schließen. — Die Herren v. Bennigsen, Graf Münster und Abgeordneter Adiches haben sich mit dem Handelsminister in Verbindung gesetzt, um eine Eisenbahn von Hamburg über Stade und Bremervörde nach Stubben, einer Station der von Bremen nach Bremerhafen führenden Eisenbahn, ins Leben zu rufen. Ihr Antrag geht dahin, daß die preußische Regierung dem Unternehmen eine Zinsgarantie gewähren möge. Die projektirte Bahn würde allerdings den Weg zwischen Hamburg und Bremerhafen und Geestemünde um mehrere Meilen abkürzen und den Kaufleuten Hamburgs einen leichteren Verkehr mit Geestemünde gewähren, was deshalb von Bedeutung ist, weil Geestemünde im Winter eisfrei bleibt.

— Für den Fall, daß Graf Bismarck seinen Urlaub bis zur Eröffnung des Zollparlaments verlängert, soll Herr v. Delbrück den Auftrag bekommen, den Vorsitz im Zollbundesrath zu übernehmen.

— Der „Volkszeitung" zufolge ist der durch die Rede Jacoby's in der Fortschrittspartei hervorgerufene Konflikt durch eine in der letzten Fraktionsversammlung abgegebene Erklärung beigelegt worden.

— Eine anscheinend offiziöse Korrespondenz des „Dresdn. J." aus Wien berichtet: Der erste vorläufige Bericht, welchen der österreichische Bevollmächtigte für die Verhandlung mit dem Zollverein aus Berlin eingeschickt hat, soll das Entgegenkommen rühmen, welches er dort gefunden. Seine Instruktionen gehen im Wesentlichen dahin, möglichst rasch zum Abschluß zu gelangen. So wie die Dinge liegen, ist kaum zu erwarten, daß sich unvorhergesehene Schwierigkeiten aufwerfen werden. Um übrigens noch einen Detailpunkt zu erwähnen, so dürfte wohl noch eine weitere Herabsetzung des Zolles auf Roheisen wie auf Stabeisen im österreichisch-vereinsländischen Tarife erfolgen. Die österreichischen Eisenfabrikanten scheinen dagegen keine Bedenken zu haben.

— Das Bohrloch bei Sperenberg hat bis zum 1. Februar d. J. eine Tiefe von 562½ Fuß erreicht und bis dahin das Steinsalz in einer ununterbrochenen Mächtigkeit von 281½ Fuß nachgewiesen.

— Der Königlichen Marine sind zur Verwendung für Zwecke derselben: von dem Vorstande des Handelsvereins zu Köln 3852 Thlr. 19 Sgr. und von dem Flottenverein zu Franzburg 239 Thlr. als freiwillige Flottenbeiträge überwiesen.

— Das Central-Bureau des Zollvereins hat kürzlich eine Zusammenstellung der während des Jahres 1866 in den vereinsländischen Seehäfen ein- und ausgegangenen Seeschiffe veranstaltet. Danach gingen in die preußischen Häfen ein: 9337 Schiffe, unter ihnen 1275 Dampfer, von zusammen 807,978 Last Tragfähigkeit und mit 66,516 Mann Besatzung. Von diesen Schiffen kamen 6474 mit 556,285 Last Tragfähigkeit beladen, die übrigen in Ballast. Es liefen aus 9922 Schiffe, darunter 1275 Dampfer, von 806,791 Last Tragfähigkeit mit 66,209 Mann Besatzung. Von diesen Schiffen waren 8598 mit 680,816 Last Tragfähigkeit beladen, die übrigen in Ballast. Beim Vergleich des Ein- und Ausgangs ergiebt sich zu Gunsten des Ausgangs ein Mehr von 124,531 Last. Dabei ist aber zu erwägen, daß die preußischen Exportartikel im Durchschnitt massiger, schwerer und zugleich weniger werthvoll sind, als die Importartikel. In die Häfen Hannovers gingen im Jahre 1866 ein 5453 Seeschiffe, von welchen 4020 mit 101,104 Last Tragfähigkeit beladen kamen. Es gingen aus 5274; davon waren 2564 mit 56,303 Last Tragfähigkeit beladen. In den hannöverschen Häfen überstieg also der Import den Export um 44,801 Last. In die oldenburgischen Häfen liefen ein 1578 Seeschiffe, wovon 1399 bei einer Tragfähigkeit von 57,785 Last in Ladung kamen. Es gingen aus 1612 Schiffe, von denen 898 mit einer Tragfähigkeit von 38,725 Last beladen waren. Bei Oldenburg ergiebt sich also ein Mehr des Eingangs gegen den Ausgang um 19,060 Last.

Berlin, 14. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 49. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische mehrere Regierungs-Kommissare; später erschienen die Minister Freiherr v. d. Heydt und v. Selchow.

Es wird sofort in die Tagesordnung, Fortsetzung der Schlußberathung des Staatshaushalts-Etats, eingetreten. — Zu den Ausgaben des Finanzministeriums, Kapitel 54 (Oberpräsidium und Regierungen), beantragen die Abgg. Dr. Kosch und Genossen: Zu Titel 1 (Besoldungen) statt 77,000 Rℓ. nur 66,000 Rℓ. zu bewilligen. Der Antrag wird ohne Diskussion abgelehnt. — Zu Titel 3 ist ein Pauschquantum für die Provinzialverwaltung in Schleswig-Holstein von 23,800 Rℓ. bewilligt. — Das Haus hatte beschlossen, gegen den Antrag der Regierung, für Schleswig-Holstein nur eine Regierung, und zwar provisorisch zu bewilligen. — Abg. v. Waldaw beantragt nun, die Forderung der Staatsregierung, Beibehaltung zweier Regierungen für Schleswig und Holstein, zu bewilligen, eventuell die Etats-Position für eine Regierung definitiv und nicht in einem Pauschquantum zu bewilligen. — Der Regierungs-Kommissar Geh. Reg.-Rath v. Wolff erklärt, daß die Regierung sich nicht davon überzeugen könne, daß eine Regierung für Schleswig-Holstein genüge. Sollte das Haus indessen bei seiner Ansicht, daß eine Regierung ausreichend sei, beharren, so müsse die Staatsregierung sich dem Beschlusse fügen, sie halte aber dann eine definitive Bewilligung für unumgänglich nothwendig und empfehle die Annahme des v. Waldawschen Antrages. — Abg. Twesten: Eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Regierungen in Hannover und Schleswig-Holstein, in Bezug auf deren Kompetenzen u. s. w., sei vorbehalten worden, und daran müsse das Haus festhalten. Für eine vorübergehende Zeit also könne eine definitive Anstellung der Beamten nicht erfolgen; die Regierung könne sich mit Hülfsarbeitern behelfen. Das Amendement von Waldaw verlange 20 Regierungsräthe; das sei zu viel, denn nach der Rücksprache, welche er mit Mitgliedern aus Schleswig-Holstein gehalten, seien höchstens 16 Räthe erforderlich. Er habe gehört, daß persönliche Rücksichten dafür maßgebend seien, den Sitz des Oberpräsidenten in Kiel zu belassen. Dadurch würde die Schreiberei außerordentlich vermehrt; es sei dringend erforderlich, daß der Oberpräsident da seinen Sitz habe, wo die Regierung sich befinde. Er beantrage deshalb für den Fall der Annahme des Antrages v. Waldaw die nothwendigen Absetzungen.

Abg. Hänel: Es handle sich jetzt nicht um die Frage, wie viele Räthe in Schleswig-Holstein nothwendig seien, sondern darum, ob das Haus in der Lage sei, gegenwärtig ein Definitivum zu bewilligen. Durch eine solche definitive Bewilligung würde dem Beschlusse des Hauses in der Vorberathung präjudizirt. Die gegenwärtige Organisation in Schleswig-Holstein könne als eine gesetzliche nicht angesehen werden; sie sei nicht durch Königl. Ordre eingeführt, sondern beruhe einfach auf einer Bekanntmachung des Civil-Kommissars. Die ganze Situation dränge dahin, daß nur ein Pausch-Quantum bewilligt werden könne. — Abg. Graf Schwerin: Er könne sich lediglich für die Aufrechthaltung der Beschlüsse der Vorberathung aussprechen. Die Sache sei im Fluß und müsse im Flusse bleiben; er sei heute noch nicht in der Lage, für ein Definitivum zu stimmen. — Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Regierung müsse dabei stehen bleiben, daß die Zweckmäßigkeit für ihren Vorschlag spreche. Die Herzogthümer seien so sehr verschieden von den andern Provinzen, daß ein preußischer Beamter sehr lange Zeit gebrauche, um sich in die Verhältnisse hinein zu arbeiten, und die schleswig-holsteinischen Beamten fänden sich außerordentlich schwer in die preußischen Gesetze. Die Arbeitslast sei dadurch eine außerordentlich große und zeitraubende. Dazu komme noch die Verschiedenheit der Zustände der beiden Herzogthümer unter sich. Durch zwei Regierungen werde die Sache außerordentlich erleichtert. Sollte das Haus nur eine Regierung für nothwendig erachten, so möge es dieselbe bewilligen, aber nicht im Pauschquantum. Die Regierung legt sehr großen Werth darauf, daß ein Definitivum bewilligt werde.

Abg. Dr. Waldeck: Er stimme dem Grafen Schwerin vollständig bei. Wenn man decentralisiren wolle, so dürfe man nicht große Regierungskörper neu etabliren. Die Abstimmung über die Forderung der Regierung erfolgt namentlich. Das Resultat derselben ist die Ablehnung dieser Forderung mit 211 gegen 141 Stimmen. — Ebenso wird das Amendement v. Waldaw mit 187 gegen 182 Stimmen abgelehnt, das Amendement Twesten dagegen angenommen. Es ist danach eine Regierung für Schleswig-Holstein definitiv bewilligt, mit der vom Abg. Twesten beantragten Absetzung von 4 Räthen rc. — Hierzu gehören 6 Petitionen, welche beantragen: den Sitz der gemeinschaftlichen Regierung in der Stadt Schleswig wiederherzustellen. Die Budget-Kommission beantragt: Ueberweisung der Petitionen an die Staats-Regierung zur Berücksichtigung. — Abg. von Bockum-Dolffs beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der letztere Antrag wird angenommen.

Zu Kapitel 55, Titel 5—7 (Bezirks-Hauptkassen in Hannover) ist in der Vorberathung nur ein Pauschquantum von 30,750 Rℓ. bewilligt. — Der Finanzminister beantragt in einem Schreiben vom 8. d. Mts. die nochmalige Erörterung dieses Beschlusses. — Abg. Grumbrecht beantragt definitive Bewilligung der Regierungsforderung, weil die Bezirks-Hauptkassen mit den Landdrosteien nicht in Verbindung ständen. — Abg. Twesten empfiehlt Aufrechterhaltung des Beschlusses der Vorberathung, da die Einrichtung der Bezirks-Hauptkassen als eine gute nicht betrachtet werden könne. — Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Finanzrath Mölle: Die Kassen seien eine nothwendige Einrichtung, welche nicht entbehrt werden könne, wenn die Verwaltung nicht großen Nachtheil erleiden solle. Es handle sich um Geldverkehr von mehreren Millionen Thalern und dazu könne man provisorisch angestellte Beamte nicht gebrauchen, da diese die nothwendige Verantwortlichkeit nicht übernehmen könnten. — Bei der Abstimmung wird der Beschluß der Vorberathung aufgehoben, die Etats-Positionen definitiv bewilligt. — Justiz-Ministerium Tit. 8—10 (für das Ober-Appellationsgericht). Abg. Dr. Kosch beantragt: 1) Das Gehalt des ersten Präsidenten von 4500 auf 3500 Rℓ. herabzusetzen; 2) das Gehalt für den ersten Vice-Präsidenten mit 3500 Rℓ. nicht zu bewilligen. — Der Antrag ad 1 wird ohne Diskussion mit 183 gegen 153 Stimmen; der Antrag ad 2 mit 181 gegen 158 Stimmen abgelehnt, die Positionen also bewilligt.

Bei Kapitel 61, Titel 16 (Appellations-Gerichtshof in Köln und rheinische Landgerichte) wird der Antrag des Abg. Dr. Kosch in Nr. 3 des Spezial-Etats: „für außerordentliche Hilfsarbeiter 600 Rℓ. nicht zu bewilligen" ohne Debatte mit 180 gegen 173 Stimmen abgelehnt. — Zu dem Etat des Ministeriums des Innern liegt der Antrag des Abg. Twesten vor, für landräthliche Behörden und Aemter unter den Titeln 10—12 zu bewilligen 1,171,799 Rℓ., 548,569 Rℓ. und 18,500 Rℓ., für die Provinzialverwaltung der Provinz Hannover unter Titel 12a als Pauschquantum 118,750 Rℓ. Motive: Da die Aemter in der Provinz Hannover durch königliche Verordnung gesetzlich organisirt sind, erscheint es nothwendig, die dafür geforderten Summen definitiv zu bewilligen. — Der Minister des Innern erklärt, daß er nach wie vor die Landdrosteien und die Aemter als zu Recht bestehend betrachte und die definitive Bewilligung für die Landdrosteien wie für die Aemter der Provinz Hannover für unerläßlich halte. Auf die Bewilligung des Definitivums, das nur im Interesse des Dienstes verlangt werde, verspreche die Regierung sich jedoch in Zukunft nicht zu berufen, um daraus das dauernde Fortbestehen der Einrichtung zu deduciren. Vielleicht gedenke sie bald zu beweisen, daß sie die Verwaltungseinrichtungen zu reformiren entschlossen sei. — Abg. Grumbrecht: Politische Gründe verlangen dringend die Beseitigung jedes Provisoriums in Hannover, wenn Sie nicht den partikularistischen Agitationen, den Einflüsterungen, die die baldige Rückkehr des Königs Georg verheißen, den größten Dienst leisten wollen. Ich hoffe, daß, selbst wenn Sie in diesem Sinne beschließen sollten, die Regierung auf Ihren Beschluß keine Rücksicht nehmen wird, und Sie werden später derselben Indemnität ertheilen müssen, weil sie in gutem Glauben und mit gutem Rechte handeln würde. (Große Unruhe links.) — Abg. Dr. Waldeck: Bei der Eintheilung der Verwaltungsbezirke — denn als solche kann man die Provinzen bezeichnen — ist nur die geographische Lage entscheidend. Liegen die Landestheile so, daß sie örtlich zu einander gehören, so kann selbst der Wille der Bevölkerung, einer anderen Provinz zugerechnet zu werden, nicht maßgebend sein. Wohl kommt es darauf an, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit rege erhalten werde, daß der Landsmann an dem Landsmann festhält, nicht aber darauf, daß ein Verwaltungsorganismus, an den sich ein bestimmter Theil des Volkes gewöhnt hat, dauernd bestehen bleibe. Die Aemter, eine durchaus reaktionäre Organisation, sind leider durch gesetzliche Verordnung festgestellt, die Landdrosteien sind es nicht, machen Sie dieselben nicht definitiv durch Ihren Beschluß, der erst durch die Auslegung, welche man ihm giebt, Wichtigkeit erhält. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst-Meppen: Eine gleichartige Verwaltung durch den ganzen Staat ist unmöglich, wäre auch keine Organisation des Lebens, sondern des Kirchhofes. Heute handelt es sich um die Frage, ob bis zu dem Zeitpunkt, wo eine allgemeine Organisation für die gesammte Monarchie geschaffen wird, die jetzt bestehende fortbestehen soll, oder nicht. Sie liegt sehr einfach: in Preußen bestehen Regierungen, in Hannover Landdrosteien. Die Regierungen, sagt man, taugen nicht, sie müssen organisirt werden; rücksichtlich der Landdrosteien sind allerhand Desiderien geäußert worden, die ich nicht theilen kann. Die hannoverschen Landdrosteien bestehen zu Recht, und so lange auf gesetzlichem Wege nicht etwas Anderes geschaffen ist, besteht das, was in Hannover ist, mit demselben Recht wie die Institutionen des eigenen Landes. (Bravo.) Sie sind gesetzlich anerkannt, und wir wollen sie behalten, bis sie gesetzlich geändert sind. — Abg. v. Bennigsen: Ich erkläre mich für das Pauschquantum der Landdrosteien und gegen das der Aemter. Die erste Frage ist keineswegs eine so kapitale für die Beruhigung in Hannover, wie es dargestellt worden ist; die Landdrosteien haben jetzt die Hälfte ihrer Geschäfte verloren, sie sind kostspielig in ihrer Zusammensetzung; wie kann also die Beibehaltung solcher Aemter zur Beruhigung der Provinz beitragen? Ich bedauere, daß die Regierung dem Hause nicht ein anderes Definitivum vorgelegt hat, was gar nicht schwer gewesen wäre. Die Aemter beruhen auf einer Verordnung mit Gesetzeskraft aus der Zeit der Diktatur, während die gesetzliche Grundlage der Landdrosteien nicht zweifelhaft ist. — Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt u. A. Abg. Grumbrecht gegen v. Bennigsen, daß seine Vergangenheit ihn gegen den Vorwurf schütze, konstitutionelle Rechte aufgeben zu wollen, er halte nur diejenigen nicht fest, die er als solche nicht anerkennen könne. — Die Reihe der Abstimmungen beginnt mit dem Antrage des Abg. Kosch, die 20,000 Rℓ. zu Besoldungs-Verbesserungen für die Landräthe in Renten à 200 Rℓ. nicht zu bewilligen. Dieser Antrag wird abgelehnt; gegen ihn stimmt auch die Mehrzahl der Nationalliberalen. — Alsdann wird über die Regierungsforderung namentlich abgestimmt: sie wird mit 184 gegen 174 Stimmen abgelehnt. — Darauf wird der Antrag des Abg. Twesten (Absetzung von 75,200 Rℓ., 30,600 Rℓ. und 12,950 Rℓ. von den drei Positionen der Regierung, welche abgesetzten Beträge nachträglich als Pauschquantum für die Landdrosteien bewilligt werden sollen, während die Mittel für die Aemter definitiv bewilligt werden), wie die Zählung ergiebt, mit 209 gegen 160 Stimmen angenommen, und alsdann der ganze Antrag Twesten.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Tagesordnung: Schlußberathung des Etats.)

Königsberg, 12. Februar. Die „Königsb. Hart. Ztg." meldet: „Am gestrigen Morgen wurde der Branddirektor Schönbeck nebst Frau und seinen fünf Kindern in der Wohnung todt vorgefunden. Die sämmtlichen Personen sind durch Gift ums Leben gekommen, nur das jüngste ¾ Jahre alte Kind fand man wohlbehalten auf seiner Lagerstätte vor. Schönbeck sollte am 1. April seine Stellung bei der hiesigen Feuerwehr aufgeben; man glaubt, daß er der unglückselige Veranlasser der schrecklichen That sei. Jedenfalls geht aus den vorgefundenen vielen Briefen hervor, daß die Dahingeschiedenen in gegenseitiger Uebereinstimmung gehandelt haben.

Aus Ostpreußen, 12. Februar. Bekanntlich eilte die Oberin von Bethanien, Gräfin zu Stolberg, mit mehreren Schwestern auf die Kunde vom Ausbruch des Typhus in Ostpreußen dorthin, um im Dienste der Krankenpflege thätig zu sein. Viele

Frauen aus allen Kreisen der Gesellschaft sind in gleicher Weise zur Linderung der Leiden persönlich wirksam; wir gedenken nur der Frau Präsidentin Maurach, welche der Tod ihrer Kinder nicht der Wirksamkeit der barmherzigen Liebe zu entziehen vermocht hat. In welchem Gegensatz stehen damit jene Agitatoren, welche beim vollen Bierkruge das Unglück ihrer Landsleute zu politischen Zwecken auszubeuten bemüht sind. Wir erinnern uns dabei lebhaft an jene Verhöhnungen der Diakonissenpflege der Kranken vor dem Ausbruche des letzten Krieges in Schrift und Wort der Fortschrittler vom reinsten Wasser, und an den Triumph, welchen diese Handlungen der aufopferndsten edelsten Hingabe für einen Dienst und einen Lohn, den die Welt nicht kennt, über ihre Verächter und Verleumder unter dem innigsten Danke des siegreichen Heeres davongetragen haben. (Kr.-Z.)

Hannover, 13. Februar. Der „Hann. Cour." schreibt: Von den Gratulanten zur silbernen Hochzeit des Königs Georg begeben sich schon viele, namentlich aus dem Adel, heute oder morgen, zum Theil über Kassel, Frankfurt nach Wien; den Extrazug werden meist die Gratulanten aus den mittleren und unteren Klassen benutzen. Der Adel will hier den 18. Februar für sich durch Bankett im Hanstein'schen Saale feiern, während für die anderen Festgenossen das Odeon bestimmt sein soll.

Dresden, 14. Februar. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdn. Journ." bemerkt gegenüber den neulichen Mittheilungen der „France" bezüglich der Konkordatsrevision: Die von Seiten Oesterreichs auf Wunsch des Kardinal-Staatssekretärs Antonelli formulirten Spezialanträge fordern bei 11 wesentlichen Punkten des Konkordats theils Annullirung, theils Abänderung. Diese Anträge können aber kaum schon zur Kenntniß des Kardinalstaats-Sekretärs gelangt sein.

München, 14. Februar. Von den Resultaten der Zollparlaments-Wahlen sind folgende bis jetzt endgültig festgestellt: München: 2. Wahlbezirk, Fabrik-Direktor Kester (kons.), Aichach: Zoll-Administrator Meixner, (kons.), Straubing: Kurat Lukas, (ultram.), Passau: Appellrath Kraetzer, (kons.), Kelheim: Professor Sepp (ultramontan), Kaiserslautern: Abgeordneter Kolb (nat.), Amberg: Appellrath Gürster, (kons.), Neustadt-Waldecab: Banquier Wild, (ultram.), Bayreuth: Teustel (lib.), Nürnberg: Cramer-Doos, (lib.), Erlangen: Prof. Marquardsen (lib.), Ansbach: Freiherr von Stauffenberg (lib.), Dinkelsbühl: Advokat Erhardt (lib.), Aschaffenburg: Bezirksgerichts-Direktor Kurz (kons.), Illertissen: Karl Maria Arretin (ultram.), Würzburg: Regierungs-Präsident Zurhein (kons.), Rosenheim: Staatsrath Neumayr (kons.), Hof: Fabrikant Jansen (lib.), Cronach: Kaufmann Pfretzschner (liberal), Eichstädt: Staatsrath Neumayr (kons.), Kaufbeuren: Oberzoll-Inspektor Müller (kons.), Speyer: Bezirksamtmann Roemmich (kons.), Donauwoerth: Graf Areo-Stepperg (ultram.).

Ausland.

Wien, 13. Februar. Die Ernennung des Hrn. v. Lasser zum Statthalter von Tirol ist von unseren Liberalen mit Achselzucken aufgenommen worden. Zwar ist der Ernannte Verwaltungsminister unter Schmerling, also Mitglied jenes Kabinets gewesen, welches die Februarverfassung gegeben hat; allein das ist offenbar unseren tonangebenden Politikern keine genügende Bürgschaft für den Mann, der die Verwaltung Tirols leiten und die Herzen seiner stark nach Rom gravitirenden Bevölkerung mit den neuen Einrichtungen befreunden soll. Indessen besitzt Lasser unstreitig Eigenschaften, die ihn mehr als manchen Andern für diesen Posten befähigen, nämlich Verwaltungstalent, Geschäftskenntniß und eine gewisse Mäßigung, die ihm allerdings nicht erlaubt, ein entschiedener Parteimann zu sein. Man behauptet zwar, daß vorzüglich in der klerikalen Agitation die Ursache zu suchen sei, wenn die Tiroler, besonders die Landbevölkerung, gegen die heutigen Richtungen in Oesterreich Mißtrauen hegen; aber diese Stimmung im Lande ist nun einmal eine Thatsache, mit der man rechnen muß.

— Die ungarischen Delegation macht bei der Budgetberathung sich und der Regierung große und zum Theil unnöthige Arbeit. So hat sie bei dem Marineetat, einem der klarsten im ganzen Budget, nicht weniger verlangt, als daß ihr alle vorausgegangenen Budgets bis zum Jahre 1861 sammt Beilagen und Ausweisen zum Studium und zur Vergleichung vorgelegt werden sollen. Das sieht so aus, als ob die Ungarn sich das Recht anmaßten, auch die älteren Budgets zu genehmigen oder zu verwerfen. Bei jeder Gelegenheit übt die ungarische Delegation die Gewohnheit ihrer Landsleute, Lasten von sich ab und auf die Erbländer zu wälzen. So liegt es am Tage, daß sie bei der Ablehnung der Verwaltungskosten für die fundirte und schwebende Staatsschuld, die doch niemand anderes als der Reichs-Finanzminister zahlen und verrechnen kann, keinen anderen Zweck hatte, als den Ungarn 4 Millionen Gulden zu ersparen und sie den Deutsch-Slawen aufzuhalsen.

Wien, 14. Februar. Die heutige „Wiener Abendpost" erklärt über die Ansammlung der hannöverschen Legionaire in der Schweiz, so wie deren Uebertritt nach Frankreich: Die Regierung sei dieser Angelegenheit vollständig fern geblieben und dürfe jede Verantwortlichkeit in Betreff derselben entschieden ablehnen. Was die Ertheilung von Reisepässen an flüchtige Ausländer angehe, so sei dies Recht, ohne irgend welche Beanstandung zu erwecken, von allen Staaten ausgeübt worden: so auch von Preußen, als man zur Zeit der Insurrektion in Polen die polnischen Flüchtlinge aus dem Staate entfernen wollte. Die in Folge der preußischen Reklamationen angestellten Erhebungen hätten allerdings ergeben, daß von Seiten der untergeordneten Polizeibehörden Uebergriffe vorgekommen seien, welche ernstliche Rügen bei den betreffenden Beamten sowie eindringliche Vorstellungen bei der Umgebung des Königs Georg veranlaßt hätten. Das Resultat dieser Erhebungen sei dem Berliner Kabinet rückhaltlos mitgetheilt und anscheinend mit Befriedigung von demselben aufgenommen. Es sei daher um so bedauerlicher, daß nach dem Eintreffen dieser Eröffnungen das Vorgehen der österreichischen Regierung gerade von der ministeriellen preußischen Presse willkürlichen und ungegründeten Deutungen unterzogen worden sei.

Triest, 14. Februar. Levantepost. Athen, 8. Februar. Nach den neuesten Aufstellungen betragen die monatlichen Einnahmen des Staats $2\frac{1}{2}$, die Ausgaben $3\frac{1}{2}$—4 Mill. Drachmen.

Konstantinopel, 8. Februar. In diplomatischen Kreisen gilt ein Ministerwechsel als bevorstehend. Gerüchtweis verlautet, daß Ali-Pascha sich nach Paris begeben werde, um Unterhandlung wegen der Kreta zu gewährenden Autonomie anzuknüpfen; auch soll derselbe beauftragt sein, den Kaiser Napoleon zu einem Besuch in Stambul einzuladen.

Bern, 9. Februar. Aus Freiburg berichtet ein Extrabulletin der „Confédéré", roth auf schwarzem Grunde, daß der Große Rath dieses Kantons mit 51 gegen 34 Stimmen die Wiedereinführung der Todesstrafe beschlossen hat. Die Schrecken erregende Anzahl der in letzter Zeit in der Schweiz verübten Verbrechen mag bei diesem Beschlusse kein geringes Gewicht in die Waagschale geworfen haben.

Bern, 14. Februar. Der Bundesrath stellt offiziell in Abrede, daß ihm eine preußische Reklamation wegen der kürzlich in der Schweiz versammelt gewesenen Hannoveraner zugegangen sei. Er habe überhaupt die Befugniß zur Gestattung eines Asyls für diese Leute den Kantonregierungen überlassen gehabt. Die Hannoveraner hätten nach Regulirung ihrer Stellung die Schweiz, mit österreichischen Pässen versehen, plötzlich und freiwillig verlassen.

Amsterdam, 14. Februar. In der hier stattgefundenen Nachwahl zu den Generalstaaten erhielt, nach lebhaftem Wahlkampfe, der liberale Kandidat Heemskerk mit 1352 Stimmen die Majorität gegen den konservativen Kandidaten s'Jakob, auf welchen 1174 Stimmen fielen.

Brüssel, 14. Februar. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Regierung in Betreff des Militärgesetzes sich schwerlich in der Ziffer des Kontingents, wohl aber bezüglich der Präsenzdauer zu Konzessionen verstehen werde. — Die Nachrichten über Unruhen unter den Bergleuten zu Hainault haben sich als übertrieben herausgestellt. Elf Tumultuanten, die man verhaftet hatte, sind wieder in Freiheit gesetzt.

Paris, 12. Februar. Eine Korrespondenz der „Kreuz-Z." schreibt: Die Nachrichten aus Serbien scheinen die Diplomatie fortwährend zu beschäftigen. Ich bemerkte Ihnen gestern schon, daß es dem rumänischen Bevollmächtigten nicht gelungen sei, das diesseitige Kabinet von der Ungenauigkeit der Nachricht zu überzeugen, es hätten sich bewaffnete Banden auf walachischem Gebiete organisirt. Nicht als ob das französische Kabinet die rumänische Regierung etwa der geheimen Konnivenz mit den Agitatoren verdächtigen möchte; aber es besorgt, daß man sich in Bukarest Illusionen mache, und nicht hinlänglich über die Sachlage unterrichtet sei. Thatsache ist, daß dem französischen Kabinet direkt mitgetheilt wird, es befänden sich noch in diesem Augenblicke Banden auf dem walachischen Gebiete und ihr Chef sei Philipp Froli, zu dem bereits eine gewisse Anzahl junger Leute aus Bulgarien geeilt seien. Vor etwa vierzehn Tagen habe er die bulgarische Grenze überschritten gehabt, ohne jedoch irgend etwas zu erreichen. Bin ich gut unterrichtet, so sieht das französische Kabinet weiteren Erklärungen aus Bukarest entgegen. Doch, ich wiederhole es, es liegen hier durchaus keine Mißhelligkeiten zwischen Frankreich und dem Fürsten von Rumänien vor, den man weder hier, noch in London für die Agitation in Bulgarien verantwortlich zu machen gedenkt.

Paris, 14. Februar. Die „Patrie" verlangt dringend, daß das Anlehen schon Anfangs März aufgelegt werden solle. Der Staatsrath würde in nächster Zeit die Prüfung des Budgets für das Jahr 1869 beendet haben und darauf das Anleiheprojekt in Erwägung ziehen können. Der gesetzgebende Körper, welchem mithin zwei Finanzpläne gleichzeitig vorgelegt würden, habe die Diskussion desjenigen über die Anleihe zu beschleunigen.

Paris, 14. Februar. Lord Clarendon ist aus Italien eingetroffen und wird einige Tage hier verweilen. „France" glaubt, daß derselbe Veranlassung nehmen werde, den hiesigen Staatsmännern seine in Italien empfangenen Eindrücke mitzutheilen.

— Gesetzgebender Körper. In der heute fortgesetzten Debatte über das Preßgesetz wurde das Amendement Berryer's diskutirt, welches verlangt, daß das Zuchtpolizeigericht und der Appellationschef nicht durch die Staatsgewalt, sondern durch das Loos jedes Jahr neu zusammengesetzt werden sollen, um dadurch der Presse Garantien in Fällen gerichtlicher Verfolgungen zu gewähren. Der Justizminister bekämpfte dieses Amendement, indem er ausführt, daß eine Wahl nothwendig sei, um der Befähigung der verschiedenen Richter Rechnung zu tragen. Berryer wies auf gewisse Beförderungen hin, welche Richtern für geleistete Dienste zu Theil geworden seien. Der Minister protestirte lebhaft dagegen. Das Amendement wurde mit 175 gegen 48 Stimmen verworfen.

Paris, 14. Februar. Dem „Etendard" wird telegraphisch aus Nizza berichtet, daß König Ludwig I. von Baiern gestern sehr leidend war, so daß die dort anwesenden Fremden sich ernstlich beunruhigt fühlten. Heute Morgen war das Befinden des Königs indessen besser.

Florenz, 14. Februar. Aus Rom wird gemeldet, es sei jetzt entschieden, daß der Erzbischof von Paris Msgr. Darboy, in die bevorstehende Kardinalspromotion nicht mit einbegriffen sein wird. Msgr. Bonaparte wird persönlich nach Rom kommen, um den Kardinalshut zu empfangen.

Florenz, 14. Februar. Dem Vernehmen nach steht demnächst die Ernennung einer Anzahl neuer Senatoren bevor. — Das italienische Geschwader geht demnächst nach den Laplatastaaten ab. — Der König gab gestern zu Ehren des amerikanischen Admirals Farragut ein Diner.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Berathung des Budgets des Kriegsministeriums zu Ende geführt. Der Finanzminister versprach die Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach welchem das Regierungsmonopol für Fabrikation von Schießpulver abgeschafft und statt dessen eine Besteuerung des Pulvers in Vorschlag gebracht werden soll. Vom Deputirten Nuol wurde beantragt, die General-Debatte über die Budgetvorlage des Finanzministers für das Jahr 1868 fallen zu lassen. Die Kammer billigte diesen Antrag und begann sofort die Diskussion über die einzelnen Artikel.

London, 12. Februar. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind von Sandringham hier eingetroffen. Die Gesundheit der Prinzessin läßt nichts zu wünschen übrig; sie ist wieder im Stande, ohne Hülfe eines Stockes zu gehen, und lahmt nur kaum merklich noch. — Der „Globe" erklärt, daß von einem Rücktritt Lord Derbys keine Rede sei. Er habe eben einen Gichtanfall gehabt und nichts weiter.

— Der Ankauf sämmtlicher irischer Eisenbahnen durch die Regierung, welcher wiederholt als Mittel zur Hebung des dortigen Verkehrs und Wohlstandes überhaupt anempfohlen worden ist, würde nach einer Angabe des „Globe" über 20,000,000 Lstr. erfordern, abgesehen von den Summen, die nöthig wären, um diese Bahnen in gehörigen Betrieb zu setzen.

Madrid, 14. Februar. Severo Catalina ist zum Marineminister ernannt.

Bukarest, 14. Februar. Deputirtenkammer. Der Minister Bratiano erklärte anläßlich einer Interpellation: Es sei unwahr, daß Rumänien fremde Banden beherberge. Was die auswärtige Politik angehe, so liege es in den Verhältnissen, daß die rumänische Regierung sich hierüber nicht so aussprechen könne, wie irgend eine andere Regierung; doch lasse auch auf diesem Gebiete sich das Ministerium einzig und allein von der Rücksicht auf die Interessen und die Wohlfahrt des Landes leiten.

Bombay, 12. Februar. Die „Times of India" melden mit Bestimmtheit, daß im indischen Ocean nicht weniger als 238 Schiffe für Zwecke der abyssinischen Expedition thätig sind. Die monatlich auflaufenden Frachtunkosten betragen, mit Ausschluß der Kohlentransporte, 392,000 Pfd. Sterl.

Annesley Bay, 2. Februar. Die egyptischen Truppen dringen vorwärts ohne Zustimmung des englischen Armeekommandos. — Es geht das Gerücht, daß Menelek eine Niederlage erlitten hat, worauf er sich nach Ancobal zurückgezogen haben soll; ebenso daß Theodorus Magdala mit allen mitgeführten Gefangenen erreichte. Der britische Kommandeur Napier schickt sich an, von Senafe nach Antalo vorzurücken.

Pommern.

Stettin, 15. Januar. Die Kirchen- und Wallstraße sind nunmehr in Folge beschleunigter Arbeit fast ganz vom Wasser befreit; in ersterer stehen nur noch die Rinnsteine, in letzterer die Rinnsteine, sowie der vor dem Kankenhause belegene Theil unter Wasser, jedoch hofft man auch hier die Ueberschwemmung baldigst beseitigt zu haben.

— Ueber die Schlucht hinter dem am Viktoriaplatze belegenen neuen Kommandanturgebäude wird gegenwärtig von einer großen Anzahl Arbeiter ein Damm geschüttet, welcher zwischen beiden bisher getrennt gewesenen kurzen Strecken der Karlstraße die Verbindung herstellen wird. Der Damm hat bereits die nöthige Höhe erreicht und wird jetzt verbreitert, ebenso wir der Hof des Kommandanturgebäudes durch Ausfüllung der Vertiefung hinter dem Pferdestalle vergrößert.

— Die „Ostf.-Z." meldet: Die pommersche Provinzial-Zuckersiederei hat für voriges Jahr ein günstiges Resultat erzielt; der Abschluß weist einen Gewinn von circa 140,000 Thlr. nach.

— Der hiesige Bildhauer Pietschmann ist mit der Anfertigung der Gallionsfigur für Sr. Majestät Schiff „Elisabeth" beauftragt.

— Bei dem „Hülfs-Comité für Stettin und Umgegend" sind bis zum 12. d. M. außer verschiedenen Naturalien 6523 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf. baare Beiträge eingegangen.

— In der letzten Nacht sind wegen Obdachlosigkeit rc. acht Personen zum Polizeigefängniß eingeliefert worden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 14. Februar, Vormittags. Angekommene Schiffe: Salome Chatharine, Weber von Warnemünde. Wind N. Revier $16\frac{3}{4}$ F. Strom eingehend.

Der Lootsenkutter von Kricks retournirend berichtet, daß im Haff nur Treibeis, daher für Dampfer passirbar ist. Grand Duc Alexis geht morgen früh ab.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Februar. Witterung: trübe und regnig. Temperatur + 4 °R. Barometer 28" —'''. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 102 bis 105 Rt, feiner 106 Rt, bunter 100—103 Rt, ungar. 93—99 Rt, weißer 106—110 Rt, 83—85pfd. gelber Februar 103, $103\frac{1}{2}$ Rt bez., $103\frac{1}{4}$ Gd., Mai-Juni 103 Rt bez. u. Br.

Roggen wenig verändert, loco pr. 2000 Pfd. $78\frac{1}{2}$—$80\frac{1}{2}$ Rt, Frühjahr 80, $80\frac{1}{4}$ Rt bez. u. Br., Mai-Juni $80\frac{1}{4}$, 80 Rt bez. u. Gd., Juni-Juli $77\frac{3}{4}$ Rt bez., Juli-August $73\frac{1}{4}$ Rt Gd. (gestern $73\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt bez.)

Gerste unverändert, loco pr. 1750 Pfd. 53—56 Rt, Frühjahr schles. 69—70pfd. 56 Rt Gd.

Hafer still, loco per 1300 Pfd. $37\frac{1}{2}$—$39\frac{1}{2}$ Rt, 47—50pfd. Frühj. $39\frac{3}{4}$ Rt Br. u. Gd.

Erbsen still, loco per 2250 Pfd. 69—$71\frac{1}{2}$ Rt, Frühjahr Futter- 72 Rt Br.

Rüböl fester, loco $10\frac{1}{3}$ Rt Br., Februar $10\frac{5}{24}$ Rt bez., April-Mai $10\frac{5}{12}$ Rt Br., September-Oktober $10\frac{3}{4}$ Rt Br., $\frac{2}{3}$ Gd.

Petroleum loco $6\frac{2}{3}$ Rt bez.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt bez., Februar $19\frac{5}{6}$ nom., Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Rt Br. u. Gd., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ Rt Br., $\frac{5}{12}$ Gd., Juni-Juli $20\frac{5}{6}$ Rt Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 80, Rüböl $10\frac{5}{24}$, Spiritus $19\frac{5}{6}$.

Landmarkt.

Weizen 98—104 Rt, Roggen 76—81 Rt, Gerste 54—56 Rt, Hafer 36—38 Rt pr. 26 Scheffel, Erbsen 69—72 Rt per 25 Scheffel, Stroh pr. Schock 7—8 Rt, Heu pr. Ctr. 15—18 Sgr, Kartoffeln 22 bis 24 Rt pr. Wispel.

Breslau, 14. Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{2}{3}$. Weizen per Februar 97. Roggen per Februar $75\frac{1}{4}$, pr. Frühjahr $76\frac{3}{4}$. Rüböl pr. Februar $9\frac{3}{4}$, pr. Frühjahr $9\frac{3}{4}$. Raps pr. Februar $88\frac{1}{2}$. Zink fest.

Hamburg, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, Weizen auf Termine animirt, Roggen eher matter. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 179 Bankothaler Br., 178 Gd., per Februar-März 179 Br., 178 Gd., per Frühjahr 179 Br., 178 Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., $140\frac{1}{2}$ Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 139 Br., 138 Gd. Hafer fest. Rüböl höher, loco $22\frac{3}{8}$, per Mai $22\frac{1}{8}$, per Oktober $23\frac{5}{8}$. Spiritus unverändert. Kaffee beschränktes Geschäft. Zink sehr still. — Schönes Wetter.

London, 14. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen zu Montagspreisen, in amerikanischem, australischem und Frühjahrs-Weizen gutes Geschäft, zu 1 Sh. höheren Preisen verkauft. Hafer eher höher.